

Vortrag mit Fakten zur Lage in Afghanistan von Dr. Daud Miraki

8. February 2008

US-NATO Massacre of Afghan Children in Helmand Province Afghanistan

8. February 2008

<http://video.google.com/videoplay?docid=-1332529811306781463>

Die folgenden Videos fügen wir als link an zur Erläuterung. Sie sind ein Beispiel dafür, wie ein solches Massaker zustande kommt.

<http://www.youtube.com/watch?v=rAUpk0XLHK8>

(AC-130 Gunship Targeting Video, Afghanistan)

<http://www.youtube.com/watch?v=7DpLmfqB6es>

(Apache kills 2)

<http://www.youtube.com/watch?v=zbP89YAVblg&feature=related>

(AC 130 Gunship)

<http://www.youtube.com/watch?v=CAFCudNNG30&feature=related>

(Gunship dropping flares)

<http://www.youtube.com/watch?v=jXvEy8leKpM>

(Apache gunship in action)

Frauenbefreiung durch Krieg – eine Lüge

6. February 2008

Andrea Grunow und Marita Brune, efff[1]

Die deutsche Bevölkerung ist mehr und mehr gegen eine deutsche Beteiligung an dem völkerrechtswidrigen Krieg in Afghanistan. Politiker, die diesen Einsatz befürworten, geraten in Erklärungsnotstand. Deshalb

bemühten sie kürzlich die Frauenministerin und den Aussenminister von Afghanistan[2], um „wankelmütigen“ Parlamentarierinnen und kriegsunwilligen Deutschen weis zu machen, dass die Afghanen die deutschen Soldaten im Land haben wollten.

Der Aussenminister behauptet, die Soldaten „machen das Leben sicher hier“.[3] Wie soll man sich das vorstellen, wenn deutsche Soldaten sich im Wesentlichen in ihren Camps aufhalten und man über hunderte von Kilometern keinen einzigen NATO-Soldaten antrifft?[4] Die Frauenministerin versteigt sich gar zu der Behauptung, deutsche Soldaten müssten die Frauenrechte absichern. Sie würden dafür sorgen, dass Mädchen wieder die Schulen besuchen und Frauen wieder arbeiten könnten.[5]

Wie geht es den „befreiten“ Frauen wirklich?

- Eine unerhört grosse Zahl von Frauen ist zu Witwen geworden, sie sind gezwungen, sich als Bettlerinnen über Wasser zu halten.
- Viele Frauen werden durch Militärangehörige brutalst vergewaltigt, verstümmelt bzw. umgebracht. Bekannt wurde unter vielen anderen ein Fall, bei dem US-Soldaten 40 Frauen die Zähne ausrissen, um sie besser für Oralverkehr missbrauchen zu können.
- Nur 10 % der schwangeren Frauen erhalten medizinische Versorgung.
- Täglich sterben 50-70 Mütter durch Geburtskomplikationen.
- Allein in der Provinz Badakhshan kommen auf 100 000 Neugeborene 6000 Mütter, die im Kindbett ihr Leben verlieren.
- Von 1000 neugeborenen Kindern sterben 165 im ersten Lebensjahr.
- Die Kindersterblichkeit ist die höchste der ganzen Welt.
- 1 von 5 Kindern stirbt, bevor es fünf Jahre alt wird.
- Es befinden sich 10 Millionen Minen im Land. Das bedeutet im Schnitt pro Kind eine Mine.
- Grosse Gebiete des Landes sind auf ewig unbewohnbar, weil sie durch Uranwaffen verseucht sind.
- Laut Professor Yagasaki aus Japan hat die US-Armee Mengen an angereichertem Uran über Afghanistan abgeworfen, die 19'500 Hiroshima-Bomben bzw. 124'000 Nagasaki-Bomben entsprechen.
- Untersuchungen haben ergeben, dass die durchschnittlich aufgenommene Menge von Uran-Isotopen in der afghanischen Bevölkerung die 30-40-fache der normalen Konzentration im menschlichen Körper ist .
- Die Zahl der Kinder, die mit bisher schon bekannten Missbildungen geboren wurden, ist seit der amerikanischen Besetzung signifikant angestiegen. Darüber hinaus häufen sich bisher nie dagewesene, entsetzliche Missbildungen verursacht durch Uranmunition. Diese bewirkt genetische Deformationen, die irreversibel von Generation zu Generation weitergegeben werden.

- Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern beträgt 45 Jahre, bei Frauen 44 Jahre. (Normalerweise ist die Lebenserwartung der Frauen höher als die der Männer.)
- Viele Waisenkinder werden gekidnappt. Sie werden umgebracht, ihre Organe werden ihnen entnommen und dann auf dem internationalen Markt für Transplantationen verkauft.
- Andere Kinder werden für sexuellen Missbrauch sowohl über internationale Grenzen als auch an US-Soldaten und an die im Auftrag der US-Regierung tätigen Söldnerfirmen verkauft. Nach „Gebrauch“ werden diese unglücklichen Kinder umgebracht und „entsorgt“.

All das spielt sich ab nach der US-Invasion, während auch unsere Soldaten dort im Einsatz sind. Sieht so die berühmte Frauenbefreiung aus? Sind das die Segnungen der Demokratie und der Zivilisation, die wir den afghanischen Frauen und Kindern bringen?

Militärausgaben überragen Aufbauhilfe um 900%

Es heisst immer, wir sind dort, um humanitäre Aufbauhilfe zu leisten. Aber auch hier sprechen die Fakten eine deutlich andere Sprache:

- Die Militärausgaben überragen die für Entwicklung und Wiederaufbau um kolossale 900%.
- Auf 7066 Afghanen kommt ein Arzt, auf 742 kommt ein Soldat.
- 70 % der Bevölkerung leidet unter Mangelernährung.
- Ganze 10% der Bevölkerung haben Zugang zu Elektrizität. Weitaus weniger noch zu sauberem Wasser.
- 86 Cent von jedem Hilfsdollar fließt zurück in die Wirtschaft der Geberländer.
- 75% der Hilfsgelder werden durch NGOs und Beraterfirmen ausgegeben; dieses Geld kommt nicht der direkten Hilfe an der Bevölkerung zugute. [\[6\]](#)

„Man tut so, als hätte man es nicht gehört“

Für diese grausamen Verbrechen sind wir mitverantwortlich. Unsere Abgeordneten tun so, als wüssten sie nichts davon. Im Interview mit dem Südkurier sagt Scholl-Latour, sie wollten das nicht wissen. Die Aussage Verteidigungsminister Jungs, Afghanistan sei auf dem ‚Weg des Erfolgs‘, bezeichnet Scholl-Latour spontan als „eine dumme Aussage“. Und weiter: „Ich weiss effektiv, dass mindestens seit 2003 der Bundesregierung sehr realistische Berichte von den jeweiligen Kommandeuren in Afghanistan vorliegen, ebenso vom Bundesnachrichtendienst und vom jetzigen Botschafter. Es wird überhaupt keine Rücksicht darauf genommen. Man tut so, als hätte man es nicht gehört.“ [\[7\]](#)

Also beteiligen wir uns wissentlich an Kriegsverbrechen und machen uns damit mitschuldig. Wieder einmal. Wir können uns unseren Enkelkindern gegenüber nicht herausreden, wir hätten nichts gewusst.

„Am deutschen Wesen...“

Und dann unsere typisch westliche Arroganz: Wie kommen wir dazu, Frauen anderer Völker zu sagen, dass und wie sie sich befreien müssen? Die Völker haben ein Selbstbestimmungsrecht, das auch wir westlichen Länder zu respektieren haben! Muss wieder mal „am deutschen Wesen die Welt genesen“? Und wenn wir dazu die Truppen schicken! Im Übrigen: Der Arzt Reinhard Erös hat schon lange vor dem „Befreiungskrieg“ Mädchenschulen in Afghanistan gebaut – in Absprache mit den Taliban! Erös sagt heute, dass Aufbauarbeit nur möglich ist, wenn die Truppen weit weg sind und die Bevölkerung die Hilfsorganisation nicht in Verbindung mit den Truppen bringt. In dieser Einschätzung stimmt er u.a. mit Caritas International und Brot für die Welt überein. Das Ganze mit Frauenbefreiung und Humanitärer Hilfe ist sowieso reine Propaganda, um jeden Widerstand gegen den Krieg zum Erlahmen zu bringen. In Wirklichkeit geht es um nichts als die pure Macht, um handfeste geostrategische Herrschaftsinteressen. Zur Völkerrechtswidrigkeit von OEF und Tornadoeinsätzen gibt es genügend fundierte Gutachten von Völkerrechtlern. Auch die ISAF-Einsätze stehen mit ihrer Unterordnung unter die NATO auf völkerrechtlich schwachen Füßen. Die NATO dürfte, da kein Verteidigungsfall vorliegt, überhaupt nicht in der Region operieren.

Genug gute Gründe, um den Einsatz abzulehnen

Wir wollen keine deutsche Beteiligung an Kriegen und Kriegsverbrechen. Wir wollen uns nicht weiterhin mitschuldig machen am Leiden der afghanischen Bevölkerung.

Als Frauen sind wir empört darüber, dass im Namen der Frauenbefreiung solche Verbrechen begangen werden und verwahren uns gegen diese Lügen.

[1] Europas Frauen fordern Frieden – www.efff.de

[2] Jeder weiss, dass die afghanische Regierung eine Marionettenregierung von US-Gnaden ist. Sogar die afghanischen Parlamentarier äusserten kürzlich in einer Veranstaltung von Professor Stahel in Zürich, dass ihre Regierung einfach über sie hinweggeht. Der afghanische Aussenminister kandidierte für die Grünen für den Aachener Stadtrat; Frau, Kinder und Verwandte leben immer noch in Köln, bzw. Berlin und Aachen. Das afghanische Parlament hat ihm das Vertrauen entzogen. – Kann er für das afghanische Volk sprechen?

[3] Kontraste vom 20.9.2007

[4] Scholl-Latour im Südkurier vom 22.9.07

[5] Kontraste vom 20.9.07

[6] Alle Fakten über Afghanistan aus: Daud Miraki: „Afghanistan after Democracy“. Hier finden sich weitere Fakten und viele Fotos über die tatsächliche Situation in Afghanistan.
www.AfghanistanAfterDemocracy.com

[7] Südkurier 22.9.07

Kategorie [Afghanistan](#) | [0 Kommentare](#) »

Offener Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages

4. February 2008

Sehr geehrte Abgeordnete,

sehr geehrter Abgeordneter,

nun sind schon wieder einige Monate seit den Abstimmungen zu den Einsätzen der Bundeswehr weltweit und insbesondere in Afghanistan vergangen und der Krieg und das Morden gehen weiter.

Bald werden Sie im Namen des deutschen Volkes über einen Kampfeinsatz der Bundeswehr in Afghanistan abstimmen müssen.

Wie sich bei den letzten Abstimmungen deutlich gezeigt hat, ist die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung (fast 80%) gegen diese Einsätze.

An dieser Tatsache dürfen Sie bei Ihren Entscheidungen zu diesen Fragen nicht vorbeigehen. Bedenken Sie, dass Sie als Abgeordnete/r die Vertreter des deutschen Volkes sind und somit die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges in Afghanistan, mit all seinen schrecklichen Folgen tragen.

Denn

Frieden kann nur durch friedliche,

Gerechtigkeit nur durch gerechte

und Demokratie nur durch demokratische Mittel erkämpft und verteidigt werden.

Freiheit, Demokratie und Menschenrechte werden durch Waffengewalt niemals verteidigt, sondern höchstens zerstört.

Bevor Sie über einen weiteren derartigen Einsatz abstimmen, ist es Ihre Pflicht, sich über die schreckliche Wirklichkeit in Afghanistan zu informieren.

Wie sieht die Wirklichkeit in Afghanistan aus?

- Eine unerhört große Zahl von Frauen ist zu Witwen geworden, sie sind gezwungen, sich als Bettlerinnen über Wasser zu halten.
- Viele Frauen werden durch Militärangehörige brutal vergewaltigt, verstümmelt bzw. umgebracht. Bekannt wurde unter vielen anderen ein Fall, bei dem US-Soldaten 40 Frauen die Zähne ausrissen, um sie besser für Oralverkehr missbrauchen zu können.
- Nur 10 % der schwangeren Frauen erhalten medizinische Versorgung.
- Täglich sterben 50-70 Mütter durch Geburtskomplikationen.
- Allein in der Provinz Badakhshan kommen auf 100 000 Neugeborene 6000 Mütter, die im Kindbett ihr Leben verlieren.
- Von 1000 neugeborenen Kindern sterben 165 im ersten Lebensjahr.
- Die Kindersterblichkeit ist die höchste der ganzen Welt.
- 1 von 5 Kindern stirbt, bevor es fünf Jahre alt wird.
- Es befinden sich 10 Millionen Minen im Land. Das bedeutet im Schnitt pro Kind eine Mine.
- Grosse Gebiete des Landes sind auf ewig unbewohnbar, weil sie durch Uranwaffen verseucht sind.
- Laut Professor Yagasaki aus Japan hat die US-Armee Mengen an abgereichertem Uran über Afghanistan abgeworfen, die 19'500 Hiroshima-Bomben bzw. 124'000 Nagasaki-Bomben entsprechen.
- Untersuchungen haben ergeben, dass die durchschnittlich aufgenommene Menge von Uran-Isotopen in der afghanischen Bevölkerung die 30-40-fache der normalen Konzentration im menschlichen Körper ist.
- Die Zahl der Kinder, die mit bisher schon bekannten Missbildungen geboren wurden, ist seit der amerikanischen Besetzung signifikant angestiegen. Darüber hinaus häufen sich bisher nie da gewesene,

entsetzliche Missbildungen verursacht durch Uranmunition. Diese bewirkt genetische Deformationen, die irreversibel von Generation zu Generation weitergegeben werden.

- Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern beträgt 45 Jahre, bei Frauen 44 Jahre. (Normalerweise ist die Lebenserwartung der Frauen höher als die der Männer.)
- Viele Waisenkinder werden gekidnappt. Sie werden umgebracht, ihre Organe werden ihnen entnommen und dann auf dem internationalen Markt für Transplantationen verkauft.
- Andere Kinder werden für sexuellen Missbrauch sowohl über internationale Grenzen als auch an US-Soldaten und an die im Auftrag der US-Regierung tätigen Söldnerfirmen verkauft. Nach „Gebrauch“ werden diese unglücklichen Kinder umgebracht und „entsorgt“.

All das spielt sich ab nach der US-Invasion, während auch unsere Soldaten dort im Einsatz sind. Sind das die Segnungen der Demokratie und der Zivilisation, die wir den afghanischen Menschen bringen?

Militärausgaben überragen Aufbauhilfe um 900%

Es heißt immer, wir sind dort, um humanitäre Aufbauhilfe zu leisten. Aber auch hier sprechen die Fakten eine deutlich andere Sprache:

- Die Militärausgaben überragen die für Entwicklung und Wiederaufbau um kolossale 900%.
- Auf 7066 Afghanen kommt ein Arzt, auf 742 kommt ein Soldat.
- 70 % der Bevölkerung leidet unter Mangelernährung.
- Ganze 10% der Bevölkerung haben Zugang zu Elektrizität. Weitaus weniger noch zu sauberem Wasser.
- 86 Cent von jedem Hilfsdollar fließt zurück in die Wirtschaft der Geberländer.
- 75% der Hilfsgelder werden durch NGO's und Beraterfirmen ausgegeben; dieses Geld kommt nicht der direkten Hilfe an der Bevölkerung zugute.[\[1\]](#)

Betrachtet man die Höhe der Militärausgaben, ist eine „spontane“ Bereitstellung von 1 Million Euro durch die Bundesregierung der blanke Hohn.

Mit freundlichen Grüßen

[1] Alle Fakten über Afghanistan aus: Daud Miraki: „Afghanistan after Democracy“. Hier finden sich weitere Fakten und viele Fotos über die tatsächliche Situation in Afghanistan. www.AfghanistanAfterDemocracy.com

[brief-an-die-abgeordneten.pdf](#)

Kategorie [Afghanistan](#) | [0 Kommentare](#) »

Antrag an die GRÜNE Sonder-BDK zu Afghanistan **15.09.2007**

16. September 2007

Cremer/Achelpöhler u.a.

Für einen friedenspolitischen Strategiewechsel in Afghanistan - raus aus der militärischen Sackgasse!

Direkt nach den Anschlägen vom 11.9.2001 haben die USA und ihre Verbündeten in Afghanistan militärisch interveniert. Erstmals in ihrer Geschichte rief die NATO den Bündnisfall aus. 6 Jahre später ist kein Ende des Krieges abzusehen. RegierungspolitikerInnen und Militärs rechnen schon jetzt mit weiteren 10 Jahren Dauer.

Wir unterstützen die Friedensbewegung bei ihrer Kampagne den Bundestag dazu bewegen, die im Herbst anstehende Verlängerung der verschiedenen Bundeswehr-Mandate für Afghanistan zu verweigern. Wir begrüßen, dass zeitgleich zu unserer Sonder-BDK am 15. September in Berlin eine Demonstration gegen den Afghanistan-Krieg stattfindet.

Das sind unsere Argumente gegen die Verlängerung der Militäreinsätze und mögliche Alternativen dazu:

Die militärische Sackgasse Afghanistan

- Die NATO-geführte „ISAF“ (Internationale Schutztruppe Afghanistan) umfasst etwa 40.000 SoldatInnen. Ungefähr 3.000 von ihnen kommen aus Deutschland. Die Entsendungen weiterer NATO-Truppenteile, auch aus Deutschland wird von Militär und Politik immer massiver verlangt – auch darüber wird der Bundestag möglicherweise schon im Herbst 2007 zu befinden haben. Daneben besteht die US-geführte Streitmacht „OEF“ (Operation Enduring Freedom), die kein UN-Mandat hat. Die Bevölkerung Afghanistans kann nicht zwischen „Enduring Freedom“ und „ISAF“ unterscheiden, zumal die NATO zunehmend ISAF-Truppen als Kampftruppen verwendet.

Die von Deutschland entsandten Tornados dienen eindeutig der militärischen Aufklärung und sind Bestandteil der Kriegsführung. Alles andere ist Beruhigungsliryk der Regierung für die

deutsche Bevölkerung. Mit den Tornados sind weitere 500 Bundeswehr-Angehörige in Afghanistan stationiert worden.

- Trotz der großen und ständig steigenden Zahl an InterventionsSoldatInnen hat sich die Situation in Afghanistan seit Beginn des Militäreinsatzes verschlechtert. Die massive militärische Bekämpfung der Taliban hat deren zunehmende Umstellung auf Guerilla-Taktik mit Selbstmordattentaten bewirkt. Diese wird jetzt auch in Kabul angewandt. Man kann sie als „Irakisierung“ des Krieges bezeichnen.
- Die etwa 100 deutschen SoldatInnen der Kommando Spezialkräfte KSK sind eindeutig der Kriegsführung unter „Enduring Freedom“ zugeordnet. Die Öffentlichkeit und selbst die Bundestagsabgeordneten erfahren nichts Genaueres über ihren Einsatz. Trotzdem ist durchgesickert, dass sie vermutlich seit zwei Jahren nicht mehr eingesetzt werden. Bekannt wurden sie durch Fußballspielen mit Totenköpfen. Sollte nur ihr Einsatz nicht mehr verlängert werden, wie manche Politiker jetzt vorschlagen, so wäre dies nur ein Zugeständnis – ein Bauernopfer – an die öffentliche Stimmung gegen den Afghanistan-Einsatz, aber nicht von praktischer und politischer Bedeutung – also kein Weg aus der Sackgasse.
- Für diese „Irakisierung“ und die hierfür erforderliche Mobilisierung von Selbstmordattentätern sind folgende Faktoren maßgeblich:

a) Die zunehmenden „Kollateralschäden“ der NATO-Angriffe rufen erhebliche Empörung in der Bevölkerung hervor. Laut Presseagenturen von Ende Juni 2007 habe es bei Militärationen der von der NATO geführten Afghanistan-Schutztruppe ISAF sowie im Rahmen des von den USA geführten Anti-Terror-Einsatzes seit dem 1. Januar 2007 mindestens 203 Tote in der Zivilbevölkerung gegeben. Im gleichen Zeitraum seien 178 Stadt- und Dorfbewohner von Aufständischen getötet worden.

b) Die ausbleibende Verbesserung der Lebenssituation der Masse der Bevölkerung.

c) Die Missachtung der afghanischen, in hohem Maße religiös bestimmten Kultur durch die westlichen SoldatInnen.

d) Die wohl weitgehend korrupten realen Strukturen des fremden Demokratiemodells. War Lords, Kriegsverbrecher und Drogenbarone sitzen mit im Parlament und in der Regierung.

e) Die Unsicherheit der Machtverhältnisse, die eine sichere Zuordnung der Menschen zu politisch-demokratischen Kräften nicht zulässt.

- Zögen morgen alle Interventionstruppen aus Afghanistan ab, würde dort nicht automatisch Frieden einkehren. Vielmehr wäre damit zu rechnen, dass uneingelöste Ansprüche und unterschiedliche Interessen des früheren Bruderkriegs nach Abzug der sowjetischen Armee aufbrechen würden.
- So steht die westliche Intervention vor einem doppelten Dilemma. Sie selbst ist nicht in der Lage, eine stabile und sichere Ordnung zu bewirken – im Gegenteil! Sie kann dies allerdings auch nicht einfach durch den Abzug ihrer Truppen erreichen. Wie im Irak-Krieg haben die westlichen Invasoren keine tragfähige Exit-Strategie vorbereitet. Das scheint ein Charakteristikum der heutigen militärgestützten Politik zu sein. Die westlichen Interventionstruppen sind Teils des Problems, nicht der Lösung.

Unser Vorschlag in friedens- und entwicklungspolitischer Absicht

- Wir fordern vom deutschen Bundestag, das Mandat für ISAF und Enduring Freedom nicht zu verlängern und damit ein deutliches Signal der Neuorientierung zu geben. Dabei muss ein kurzfristiges definitives Datum im ersten Halbjahr 2008 genannt werden, bis zu dem die deutschen Truppen abgezogen sein werden. Entsprechend erwarten wir von den GRÜNEN MdBs, dass sie bei allen Abstimmungen über die verschiedenen Bundeswehr-Mandate (zur Zeit OEF, ISAF, Tornados) mit Nein stimmen.
- Was also tun? Die Bundesrepublik Deutschland kann – außer politischer Einflussnahme auf die Verbündeten – nur über ihren eigenen Beitrag entscheiden, wobei sie sicherlich unter starken Druck aus den USA geraten wird, wenn sie im Sinne einer zivilen und friedlichen Konfliktlösung entscheidet. Doch Deutschland sollte in seinem eigenen Interesse diesen Druck aushalten, nicht zuletzt auch, um nicht immer tiefer in den Sumpf dieses Krieges hineingezogen zu werden.
- Gleichzeitig gibt die Bundesregierung bekannt, sie werde die finanzielle Hilfe um den Betrag aufstocken, der durch den Abzug der Truppen frei würde. Diese Mittel stünden für Entwicklungsprojekte in Afghanistan zur Verfügung, die von Orten und Regionen gemeinschaftlich für wünschenswert und unterstützungswürdig gehalten würden. Dabei ginge es auch um die örtliche und/oder regionale Zustimmung derjenigen Kräfte, die den Taliban nahe stehen. Auf diese Weise könnten Dialog und Zusammenarbeit der verschiedenen Kräfte vor Ort sowie Vertrauen untereinander gefördert und die Sicherheit der Projekte verbessert werden.
- Die Bundesregierung fördert zugleich die Ausbildung von Personal und Organisationen für die Implementierung dieses zivilen und friedensfördernden Projektes.
- Solche Projekte haben nur dann eine reale Chance, wenn sie eindeutig von der Kriegsführung getrennt werden. Dies gegenüber den verschiedenen Kriegsparteien deutlich zu machen, ist nicht nur Aufgabe der in den Projekten Arbeitenden, sondern auch der Bundesregierung.
- Die Bundesregierung soll gleichzeitig bei anderen Staaten, insbesondere der EU, dafür werben, sich diesem Projekt anzuschließen.

Begründung

- Afghanistan ist ein multiethnisches und ein multikulturelles Land, mit riesigen Unterschieden hinsichtlich Landschaft und Bevölkerung. Es ist ein armes Land. Es musste sich nicht nur in früheren Jahrhunderten gegen den kolonialen Hunger Englands verteidigen, im vergangenen Jahrhundert die Invasion der Sowjetunion bekämpfen. Es musste auch nach Abzug der sowjetischen Truppen einen Bruderkrieg erleben, der erst durch den Sieg der Taliban, die ursprünglich von den USA als Kampftruppe gegen die UdSSR unterstützt wurden, überwunden werden konnte. Nun durchlebt die Bevölkerung den erneuten Ansturm des Westens auf ihr Land. Das alles hat eine eigenständige Entwicklung be- und verhindert. Jede Form von Hilfe muss die traditionellen Strukturen berücksichtigen, um Kooperation zu ermöglichen.
- Der finanzielle Aufwand für Wiederaufbau und Entwicklung in Afghanistan war bisher lächerlich gering. Seit 2002 wurden für militärische Zwecke insgesamt etwa 85 Mrd. US\$, für Entwicklung aber nur 7,5 Mrd. US\$ aufgewendet, von denen der größte Teil nicht bei der Bevölkerung angekommen ist. Doch erst wenn die Bevölkerung eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erkennen kann, wird sie sich auch für Frieden engagieren.

- War der Mohnanbau für die Produktion von Opium und Heroin unter der Herrschaft der Taliban weitgehend reduziert worden, so ist dieser seit der westlichen Intervention enorm erweitert worden, allein von 2005 auf 2006 um 60%. 92% der Weltproduktion stammen aus Afghanistan Die Haupteinnahmen aus dem Drogenhandel verbleiben bei den Händlern, Dealern und Drogenbaronen. Auch die Taliban finanzieren sich zu einem erheblichen Anteil daraus. Nur wenn den Bauern andere Erwerbsquellen erschlossen werden, können diese auf den Mohnanbau verzichten. Daran intensiv zu arbeiten wurde bisher versäumt.
- Das Argument, zivile Hilfe und Entwicklung bedürften des militärischen Schutzes, greift nicht. Erstens ist das ISAF-Militär überhaupt nicht in der Lage, die zivilen Helfer zu schützen. Zweitens halten die Afghanen Helfer unter militärischem Schutz nicht für neutral, sondern für einen Teil der militärischen Intervention. NGOs und Entwicklungshelfer sehen sich deshalb durch Militär eher gefährdet als gefördert. Viele Hilfsorganisationen wollen mit NATO und Bundeswehr lieber nicht soviel zu tun haben.

Beispielsweise erklärt der Landeskoordinator der Malteser International, Wolfgang Herdt: „Wir betonen, dass unsere Mittel aus Deutschland kommen.“ Gleichzeitig grenzt er sich allerdings ab: „Dies sei aber nur in Gebieten sinnvoll, in denen keine deutschen Soldaten aktiv seien.“ (!!!) Entsprechend berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Unabhängigkeit vom Militär ist nach Ansicht vieler Helfer, die in ländlichen Gebieten arbeiten, eine Voraussetzung für ihre Sicherheit. So gibt es Berichte, wonach ihre Mitarbeiter von Rebellen nach Unterlagen durchsucht wurden, die auf eine Kooperation mit dem Militär hinweisen.“ (Zitate Frankfurter Allgemeine Zeitung 6.8.2007)

Der Generalsekretär der Welthungerhilfe, H.-J. Preuß, beklagte bereits 2005, dass die Bundeswehr Fahrzeuge verwenden würde, die denen seiner Organisation zum Verwechseln ähnlich seien: „Unsere Sicherheit hängt davon ab, dass wir vom Militär unterschieden werden können. Aber so werden wir zum potentiellen Angriffsziel...“ (www.tagesspiegel.de/politik/International;art123,1785336) 2007 wurden bereits zwei Mitarbeiter der Organisation getötet. Preuß konstatierte: „Die Bevölkerung und bewaffnete Kräfte können nicht mehr zwischen Militär und Zivilisten unterscheiden, Hilfsorganisationen geraten ins Fadenkreuz.“ (www.welthungerhilfe.de/trennung_militaer.html)

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie gibt in seinem aktuellen Afghanistan-Flugblatt folgenden Hinweis: „Die deutschen ISAF-SoldatInnen haben zu etwa 80% keine Berührung mit der Bevölkerung und lernen das Land nicht kennen. Nach einer Untersuchung von Sozialwissenschaftlern der Bundeswehr halten sich diese zu etwa 80% während ihrer 4- bis 6-monatigen Dienstzeit nur in den Lagern der Bundeswehr auf und sichern dort ihre eigene Sicherheit. Afghanistan erleben sie nur auf dem Weg vom Flugplatz in ihr Lager und wieder zurück. Nur 10% der SoldatInnen gehen auf Streife. Für einen Weg aus der Sackgasse und zu einer friedlichen Entwicklung ist also von ihnen nichts zu erwarten.“

Rupert Neudeck, Leiter der Hilfsorganisation „Grünhelme“, beschreibt diese Problematik im Deutschlandradio vom 16.8.07 so: „Ich kenne deutsche Bundeswehrsoldaten, die als Reservisten nach Afghanistan gegangen sind, die nach vier Monaten zurückkommen und nicht einen Afghanen in freier Wildbahn, also auf der Straße, je getroffen haben, weil sie immer in der Kaserne sind... Ich glaube, der normale deutsche Zuhörer und Zuschauer geht davon aus, dass wir überall da, wo wir als Hilfsorganisation tätig sind, irgendwie von Bewaffneten begleitet sind. Das ist ein völliger Unfug. Wir sind überhaupt nicht begleitet von Bewaffneten. Wir haben in der Provinz Herat - das ist im Westen Afghanistans - eine

riesengroße italienische ISAF-Truppe, über 2.000 Leute. Die sitzen völlig verbarrikadiert in einer riesengroßen Kaserne, in einer Festung, in die niemand hinein kommen kann, aus der die auch gar nicht heraus kommen. Das heißt, in die Dörfer, wo wir die Schulen bauen, kommen die niemals hin. Das muss man einfach wissen.“

- In der deutschen Bevölkerung ist die Ablehnung des deutschen Militäreinsatzes in Afghanistan außerordentlich hoch. Man glaubt hier zu Recht nicht, Deutschland müsse am Hindukusch verteidigt werden. Laut Umfragen lehnen etwa 2/3 der Deutschen diesen Krieg ab und wünschen ein Ende des Einsatzes. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Afghanistan waren historisch immer freundschaftlich. Der afghanischen Bevölkerung in ihrer heutigen Situation, die nicht zuletzt durch die äußere Intervention verschuldet ist, zu helfen, würde in Zusammenhang mit einem Rückzug der deutschen SoldatInnen sicher allseits positiv aufgenommen werden.
- Der Afghanistan-Krieg ist nicht nur in Deutschland umstritten. Auch in anderen NATO-Staaten wie Italien wird nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung, sondern auch vielen Parlamentsabgeordneten der Abzug der eigenen Truppen verlangt. Seit sechs Jahren wird vom Deutschen Bundestag jedes Jahr der Militäreinsatz der Bundeswehr in Afghanistan ohne jede Perspektive auf ein Ende verlängert. Wir wollen den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und zwar nicht erst im Jahr 2017. Spanien hatte im März 2004 den Abzug seiner 1300 SoldatInnen aus dem Irak angekündigt, sechs Wochen später, im Mai 2004 waren die SoldatInnen aus dem Irak abgezogen. Auch in den USA haben die Abgeordneten der Demokraten immer wieder einen konkreten Abzugstermin aus dem Irak verlangt. Wir wollen mit einem friedenspolitische Strategiewechsel den Abzug der Bundeswehr im ersten Halbjahr 2008.

Unserer Antragstext basiert in großen Teilen auf einem Text des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V.: www.grundrechtekomitee.de

Weitere Texte der GRÜNEN FRIEDENSINITIATIVE zu Afghanistan: www.gruene-friedensinitiative.de

UnterzeichnerInnen:

Uli Cremer, KV Hamburg-Eimsbüttel

Wilhelm Achelpöhler, KV Münster

Kategorie [Afghanistan](#) | [0 Kommentare](#) »

[Der Krieg gegen das irakische Volk muss aufhören!](#)

25. August 2007

Wir Ärzte rufen auf

Wir Ärztinnen und Ärzte aus Deutschland sind zutiefst erschüttert über die katastrophale humanitäre Situation der Menschen im Irak und über die desaströse Lage ihrer medizinischen Versorgung. Das unermessliche Leiden der Zivilbevölkerung, insbesondere das der Kinder, erfordert gerade von uns Ärzten zu handeln.

Als Ärzte sind wir dem Hippokratischen Eid verpflichtet. Wir können und wollen nicht schweigen zu dem unerträglichen Leid und Unrecht, das den Menschen im Irak und an anderen Orten der Welt geschieht. Wir sind niemandem als den leidenden Menschen und unserem Gewissen verpflichtet. Daraus erwächst nicht nur die Aufgabe, kranke Menschen zu behandeln, sondern uns auch gegen Krieg und Armut zu wehren, die den Menschen krank machen. Für den Arzt kann es keine „guten“ oder „bösen“ Opfer geben, sondern nur Menschen, die ein Recht auf Unversehrtheit und Hilfe haben, allein weil sie Menschen sind. Dieses Recht wird dem irakischen Volk derzeit genommen.

Wir fordern daher unsere Regierung und die Vereinten Nationen auf, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um das Kriegstreiben und die völkerrechtswidrige Kriegsführung der von den USA geführten Koalitionstruppen zu beenden. Die fremden Truppen müssen das Land sofort verlassen. Bis zu ihrem Abzug sind sie völkerrechtlich an die Genfer und Haager Konventionen gebunden und müssen dafür sorgen, dass die medizinische Versorgung und die Sicherheit der irakischen Bevölkerung gewährleistet werden. Wir fordern unsere Regierung und die Vereinten Nationen dazu auf, die Einhaltung der Genfer und Haager Konventionen öffentlich einzufordern und den internationalen Verpflichtungen zum Schutze von Leben und Gesundheit Geltung zu verschaffen.

Rufen wir uns in Erinnerung: Der Irak hatte vor dem ersten Krieg 1991 ein modernes, leistungsfähiges Gesundheitswesen, das zu den besten der Region zählte.

War die Situation für die Menschen im Irak nach 1991 und während der Sanktionsjahre danach bereits katastrophal, so ist sie heute als Folge des Krieges seit 2003 und der illegalen Besetzung des Landes noch katastrophaler:

- Die Kindersterblichkeit stieg in den vergangenen Jahren um 150 Prozent: 1990, vor dem ersten Krieg, starb jedes zwanzigste irakische Kind vor Erreichen des fünften Lebensjahres, 2005 war es (laut Angaben der Hilfsorganisation Save the Children) jedes achte Kind. Für 2006 liegt die Zahl noch höher! Seit Beginn der Invasion 2003 kamen 260 000 Kinder um. Über 500 000 Kinder fielen den Sanktionen zwischen den Kriegen zum Opfer – bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 25 Millionen Menschen.
- Gemäss einer UNICEF-Studie ist heute eines von zehn Kindern unter fünf Jahren stark untergewichtig, weil es akut unterernährt ist. Eines von fünf Kindern ist wegen chronischer Unterernährung für sein Alter zu klein gewachsen. Ein ehemaliger Beamter im irakischen Gesundheitsministerium gibt an, ca. 50% aller irakischen Kinder litten unter irgendeiner Form der Unterernährung.
- Wegen der zunehmenden Gewalt können im ganzen Land immer mehr Kinder nicht zur Schule gehen. Der Krieg belastet ihre Gemüter. Ihre Fähigkeit zu lernen hat abgenommen. Das berichten Grundschullehrer aus Bagdad. Der jungen Generation werden alle Möglichkeiten für ein sicheres und erfülltes Leben als Erwachsene genommen. Auf Grund der Gefährlichkeit des täglichen Lebens ist heute jede Familie im Irak traumatisiert.
- Die Einrichtungen der Trinkwasser- und Elektrizitätsversorgung wurden bereits 1991 gezielt zerbombt, was zu einem katastrophalen Mangel bei der Versorgung mit sauberem Trinkwasser und Strom führte. Infektionen nehmen zu, zum Beispiel Durchfallerkrankungen, die gerade für Kleinkinder oft tödlich verlaufen. Das Spital des Bagdader Stadtteils Sadr City muss monatlich etwa 50 bis 70 Patienten behandeln,

die durch unsauberes Wasser zum Teil schwerst erkrankten. Gastroenteritis, Brucellose, Gelbsucht und Typhus häu-fen sich unter den Kindern dieses Stadtteils.

- In 90% der Spitäler fehlt es an unverzichtbarem Behandlungsmaterial und elementarsten Einrichtungen, wie zum Beispiel Medikamenten, sterilen Nadeln, Sauerstoffmasken, aber auch an Milchpulver, Leitungswasser und Nahrung. Im Bagdader Yarmouk Spital sterben täglich im Durchschnitt fünf Menschen an Krankheiten, die ansonsten leicht heilbar oder behandelbar wären, weil die einfachsten Mittel zur Behandlung von Krankheiten und Ver-letzungen fehlen.
- Spitäler sind immer wieder Ziele militärischer Angriffe und Überfälle. So berichteten im Jahr 2004 Augenzeugen der schrecklichen Kämpfe in Fallujah, dass während einer Mili-täroperation Ärzte mit der Begründung verhaftet wurden, sie behandelten „Aufständische“. Panzer drangen in das Spital von Haditha ein. Das medizinische Lager dort wurde zerstört. Das Warenlager brannte neun Stunden lang.
- An vielen Orten wurden und werden Ärzte und Pflegekräfte während ihres Dienstes be-droht, beleidigt oder abgeführt. Viele werden entführt und kommen nur gegen hohes Lö-segeld vielleicht wieder frei. Seit 2003 wurden etwa 2000 Ärzte ermordet. Bis heute haben von den einst 34 000 irakischen Ärzten 18 000 den Irak verlassen.
- Im Zuge der riesigen Flüchtlingsbewegung verlassen Zehntausende monatlich das Land, vor allem Ärzte, Lehrer und Angehörige anderer gesellschaftlich tragender Berufe, so dass das Durchschnittsalter im heutigen Irak bei 18 Jahren liegt! Das Land stirbt so!
- Die fremden Truppen haben nach Art eines Apartheidsystems damit begonnen, in Städten wie Bagdad Bevölkerungsgruppen und Stadtteile durch Mauern voneinander zu trennen. Der damit in einem Freiluftgefängnis eingesperrten Bevölkerung wird der Zugang zu lebenswichtiger medizinischer Versorgung verwehrt.
- Die an verschiedenen Konferenzen versprochenen Hilfsgelder kommen nicht bei der hilfs-bedürftigen Bevölkerung an, sondern versickern im Sumpf allgegenwärtiger Korruption und Selbstbereicherung eines Marionettenregimes.
- Die fremden Truppen setzen neue und geächtete Waffen ein, zum Beispiel Napalm und Uranmunition, was im ganzen Land und bei vielen Menschen zu schwersten Erkrankungen führt. Die Krebserkrankungen haben alarmierend zugenommen. In Basra zum Beispiel haben Frauen mittlerweile Angst, schwanger zu werden: Bis 1990 wurden etwa 12 000 Kinder jährlich geboren, darunter alle 14 Tage ein missgebildetes. Bei gleichbleibender Geburtenrate sind es heute pro Tag ein bis zwei missgebildete Kinder.

Die heutige Situation ist die Folge des Krieges von 1991, der darauf folgenden unmenschlichen Sanktionen und des Krieges seit 2003. Der aktuelle Zustand ist nicht Folge eines Bürgerkrieges, wie viele Medien es uns weismachen wollen. Das geschundene Land und sein Volk leiden unter einer Besetzung, deren Hauptziel die Ausbeutung der Ölreserven des Irak ist. Die verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen, darunter auch eine christliche Minderheit mit jahrhundertealter Tradition, lebten vor dem Krieg in Frieden zusammen. Sie wurden nach dem perfiden Prinzip „Teile und Herrsche“ gegeneinander aufgehetzt. Mittlerweile fordern 90% der irakischen Bevölkerung den Abzug der Besatzungstruppen. Wir Ärztinnen und Ärzte rufen unsere Regierung, die Vereinten Nationen und alle Bürger auf, dahin zu wirken,

- dass der Krieg und die Besetzung sofort aufhören. Der Irak darf nicht den Interessen fremder Mächte ausgeliefert bleiben.
- dass die Besetzungsmächte die Haager und Genfer Konventionen einhalten und dafür sorgen, dass die medizinische Versorgung und die Sicherheit der Bevölkerung im Irak gewährleistet werden. Hierzu zählt auch der Schutz der Ärzte und Pflegekräfte.
- dass der Not leidenden Bevölkerung umgehend medizinische und humanitäre Hilfe zukommt. Können Behandlungen nicht im Irak durchgeführt werden, so muss den Kranken Hilfe in anderen Ländern angeboten werden. Unsere Länder können hierbei ein Vorbild konkreter humanitärer Hilfe sein.
- dass dem sofortigen und effizienten Wiederaufbau der gesundheitlichen Versorgung und der Infrastruktur des Landes oberste Priorität beizumessen ist.

Dieser Tage wurde mit einer Schiffsbrücke über den Bodensee der Schweizerhilfe an deutschen Kindern des Zweiten Weltkrieges gedacht. Es war die Gesinnung des Samariters und die Überwindung der Vorbehalte gegenüber den Deutschen, die viele Schweizer Familien ein deutsches Kriegskind aufnehmen ließen. Einige Tage der Mitmenschlichkeit, des Friedens und der Erholung von der Hölle des Krieges damals lassen heute noch, Jahrzehnte nach dem Weltkrieg, die Pflanzen der Menschlichkeit und Völkerverständigung blühen, zu denen damals der Samen gelegt wurde. Ziehen wir Heutigen daraus die Lehren und tun ein Gleiches, „denn“ – wie der Schweizer Theologe und Naturrechtler Emil Brunner 1943 schrieb – „wo die Liebe ist, da quillt auch der Brunnen des gerechten Willens“, der nötig ist, um die Ungerechtigkeit zu überwinden.

Im Juni 2007

[Aufruf als pdf-Datei](#)

Ich unterzeichne diesen Aufruf (Unterschrift wird hinterlegt)

Ich bin einverstanden, wenn mein Name als Unterzeichner veröffentlicht wird

Alle Bürger können den Aufruf gerne unterzeichnen!

Name (Bitte Druckschrift) Titel

Beruf/Berufliche Stellung

Adresse und E-Mail

Datum Unterschrift

Bitte per Fax an: Frau Dr. med. Marianne Winterstein, Kinder- und Jugendärztin
Fax: 07244 722939 oder: Bahnhofstraße 5, 76356 Weingarten

Unterschriftenliste zum Aufruf

„Der Krieg gegen das irakische Volk muss aufhören!

Wir Ärzte rufen auf“

Alle Bürger können den Aufruf gerne unterzeichnen!

Ich unterzeichne den Aufruf (Unterschrift wird hinterlegt)
Ich bin einverstanden, wenn mein Name als Unterzeichner veröffentlicht wird

Name (Bitte Druckschrift) Titel

Beruf/Berufliche Stellung

Adresse und E-Mail

Datum Unterschrift

Ich unterzeichne den Aufruf (Unterschrift wird hinterlegt)
Ich bin einverstanden, wenn mein Name als Unterzeichner veröffentlicht wird

Name (Bitte Druckschrift) Titel

Beruf/Berufliche Stellung

Adresse und E-Mail

Datum Unterschrift

Ich unterzeichne den Aufruf (Unterschrift wird hinterlegt)
Ich bin einverstanden, wenn mein Name als Unterzeichner veröffentlicht wird

Name (Bitte Druckschrift) Titel

Beruf/Berufliche Stellung

Adresse und E-Mail

Datum Unterschrift

Kategorie [Irak](#) | [0 Kommentare](#) »

[Unterzeichner des Ärzte-Aufrufes zum Stopp des Irak-Krieges](#)

24. August 2007

Hans Graf von Sponek,
Prof. Dr. med. Peter Höger, Chefarzt des kath. Kinderkrankenhauses Wilhelmstift, Hamburg
Prof. Dr. med. Wolfgang A. Maier, Chefarzt i. R. der kinderchirurgischen Klinik, Karlsruhe
Prof. Dr. med. habil. Siegwart Horst Günther, u. a. ehem. Lehrbeauftragter der Universität
Bagdad
Prof. Dipl. Ing. Alexander von Waldow, Eckernförde
Prof. Dr. med. Kurt Oette, Köln
Helga Wobig, Kinder- und Jugendärztin, Weingarten (Baden)
PD Dr. med. Jürgen Maiß, Internist, Erlangen
Karl Prömpeler-Kuhn, Kinder- und Jugendarzt, Karlsruhe
Dr. med. Gunter Schaub, Kinder- und Jugendarzt, Karlsruhe
Dr. med. Susanne Hörnemann, Nervenärztin, Köln
Dr. med. Johannes Kaplan, Kinder- und Jugendarzt, Rheinstetten
Dr. med. Maria Olszewsky, Fürth
Dr. med. Elke Möller-Nehring, Kinder- und Jugendpsychiaterin, Erlangen
Dr. med. Barbara Diez, Fürth
Dr. med. Annette von Rinck, Radiologin, Karlsruhe
Dr. med. Michael Hammes, Allgemeinarzt, Bühlertal
Dr. med. Gerd Biedermann, Internist, Fürth
Dr. med. Müller-Erhard, Internistin, Erlangen
Dr. med. Wieland Spur, Allgemeinarzt, Rielasingen
Dr. med. Angelika Spur, Neurologin, Rielasingen
Dr. med. Antje Schneider, Internistin, Bergisch-Gladbach
Dr. med. Cornelia Andrae-Stoane, Internistin, Bergisch-Gladbach
Brigitte Hommes, Arzthelferin, Bergisch-Gladbach
Käthe Müller, Arzthelferin, Bergisch-Gladbach
Dr. med. Marianne Winterstein, Kinder- und Jugendärztin, Weingarten (Baden)

Kategorie [Irak](#) | [0 Kommentare](#) »

Bitte um solidarische Unterstützung für die Arbeiter Palästinas

21. August 2007

Aus Palästina kommen immer wieder Nachrichten, die höchste Besorgnis erregen. Bezüglich der Situation der Arbeiter Palästinas hat Pater Rainer Fielenbach, Karmelitenkloster Straubing, folgenden Brief an die Gewerkschaften geschrieben:

Bitte um solidarische Unterstützung für die Arbeiter Palästinas

Sehr geehrte Damen und Herren in der Gewerkschaft,
gestatten Sie mir, dass ich Sie für einen Moment um ein wenig
Aufmerksamkeit bitte in folgender Problematik.

Da ich ehrenamtlich in der Israel+Palästina-Arbeit tätig bin und die
Situation in dieser Region durch regelmäßige Besuche und Aufenthalte kenne,
möchte ich den beiliegenden aktuellen Artikel über die palästinensischen Arbeiter in

Ostjerusalem zum Anlass nehmen, Sie auf diese Problematik aufmerksam zu machen. Ich leite ihren Aufruf gerne an Sie weiter mit der höflichen und dringenden Bitte, sich dieses Themas Ihrer Kollegen anzunehmen und es in die Ihnen mögliche Öffentlichkeit zu bringen. Da ich die beschriebenen Orte und Beeinträchtigungen aus eigenem Erleben kenne, kann ich sie auch so als den Tatsachen entsprechend weitergeben.

Nur so kann letztlich Abhilfe in einer fürchterlichen Situation geschaffen werden. Ich habe selber fast täglich Kontakt z.B. zu Familien in Bethlehem, die mit der Entscheidung zur Auswanderung ringen und denen letztlich keine andere Möglichkeit mehr bleibt als auszuwandern. Selbst wenn Sie die Arbeitserlaubnis für Jerusalem haben, ist die Arbeit in der Praxis auf Grund ungezählter Schickane und Hürden auf Dauer nur sehr schwer durchzuhalten. Zu der im Artikel angesprochenen Situation der Arbeiter in israelischen Siedlungen auf palästinensischem Land noch eine Ergänzung: Israel ist natürlich bestrebt, in seinen Siedlungen möglichst viel Industrie aufzubauen. Zum einen unterliegt man dort nicht der in Israel viel strengeren Abfall- und Abwasserbeseitigung, Versicherungen usw., zum anderen werden pal. Arbeiter zu Hungerlöhnen dort nach Belieben als Tagelöhner eingesetzt und so ihre Überlebensangst um ihre Familien schamlos ausgenutzt.

Und noch ein bei uns viel zu wenig bekannter Grund: die so billigst in israel. Siedlungen produzierten Waren müssten eigentlich als dort produziert für den Export gekennzeichnet werden - was Israel aber unterlässt - weil sie dann viel höheren Exportzöllen und Steuern unterliegen würden. D.h. die EU lässt wohlwissend um diese Problematik die in israelischen Siedlungen produzierten Waren zu den gleichen Bedingungen ins Land wie die in Israel hergestellten, das aber gewaltige Vergünstigungen besitzt.

Um die Situation hinsichtlich der Arbeitswege zu verdeutlichen, lege ich als Beispiele aktuelle Berichte von Checkpoints zu. Sollten Sie weitere Auskünfte wünschen, stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung. Abschließend noch einmal meine grosse Bitte, sich der Problematik Ihrer palästinensischen Kollegen anzunehmen, die keine andere Chance haben, als Sie um Hilfe zu bitten und Druck auf die israelische Regierung zu machen.

Für Ihr Verständnis und Ihre soldidarische Unterstützung möchte ich mich schon im Vorraus herzlich bedanken.

Mit freundlichen Grüßen

>

> P. Rainer Fielenbach

> Karmelitenkloster Straubing

Hier den Artikel zur Situation der Arbeiter einfügen

Aber auch Frauen, Kranke oder Kinder, die die Checkpoints passieren müssen, sind mit demütigenden und entwürdigenden Situationen konfrontiert, wie folgender Beitrag zeigt:

Hier einen Bericht aus den Anlagen einfügen.

Als Bürgerinnen und Bürger eines demokratischen Staates haben wir die mitmenschliche Pflicht, uns zu solchen Vorgängen vernehmen zu lassen und unsere Regierungen und Parlamente anzuhalten, in unserem Namen die Einhaltung des Völkerrechtes und des Humanitären Völkerrechtes einzufordern.

Folgender Brief kann als Beispiel oder Vorlage für ein Schreiben an Aussenminister Steinmeier dienen.

Herrn
Aussenminister
Frank Walter Steinmeier
poststelle@auswaertiges-amt.de

Briefentwurf

Sehr geehrter Herr Aussenminister Steinmeier

Nahezu täglich erreichen uns - größtenteils aus christlichen Kreisen und von Hilfsorganisationen - Nachrichten über entwürdigende Vorgänge und Handlungen gegenüber palästinensischen Bürgern und teilweise auch israelischen Bürgern arabischer Herkunft an den Checkpoints in Palästina, die mit den Verpflichtungen einer Besatzungsmacht gemäß den Genfer Konventionen nicht vereinbar sind.

Insbesondere Frauen werden unerträglich demütigenden Prozeduren ausgesetzt. Die Lösung der politischen Frage im Heiligen Land, die dringend ansteht aber ständig verschleppt wird, ist das eine, aber die menschenunwürdigen und unnötigen Torturen gegen die Zivilbevölkerung das andere. Ersteres wollen wir/will ich hier nicht aufrollen. Die fortgesetzte Erniedrigung von Menschen, die ständigen Menschenrechtsverletzungen an den Checkpoints aber müssen und können sofort aufhören, wenn Deutschland und andere europäischen Länder bei der israelischen Regierung entschieden Einspruch erheben und mit Nachdruck deren Beendigung verlangen.

Um eine Intervention in diesem Sinne in Ihrer Funktion als Außenminister unseres Landes ersuchen und bitten wir Sie dringend!

Hochachtungsvoll

Kategorie [Allgemein](#) | [0 Kommentare](#) »

Frauenbefreiung in Afghanistan mit Hilfe deutscher Tornados?

25. June 2007

Dass in Afghanistan Krieg geführt wird, um die Frauen zu befreien, ist eine Lüge! Noch nie ist ein Volk durch Krieg befreit worden!

Frauenbefreiung durch Bomben?

Immer noch werden Dörfer bombardiert, in denen Taliban vermutet werden. Die Opfer sind Frauen und Kinder. Das Land wird zerstört, unbewohnbar gemacht, der Boden kann nicht mehr bestellt werden.

Frauenbefreiung durch Verstümmelung der Kinder?

Noch immer werden täglich Menschen, vor allem Holz suchende Kinder in den unwegsamen Gebieten von Minen verletzt oder getötet.

Frauenbefreiung durch Verseuchung mit radioaktiv strahlender Munition?

Hunderte Tonnen DU (abgereichertes Uran) wurde mit Bomben, Raketen und sonstiger Munition in Afghanistan abgeworfen; die Strahlung des Uranstaubs verseucht die Umgebung und schädigt das Erbgut und hat missgebildete Kinder zur Folge.

Frauenbefreiung durch Tötung ihrer Männer?

Afghanische Männer werden verschleppt und getötet oder sterben im Kampf gegen die Besatzer. Nun müssen die Frauen allein für ihre Kinder sorgen und müssen betteln gehen.

Frauenbefreiung durch Vergewaltigung?

Amerikanische GIs haben Frauen aus ihren Dörfern verschleppt und sie vergewaltigt.

Frauenbefreiung durch brutale Missachtung der Sitten und Kultur?

Fremde Soldaten dringen rücksichtslos in Frauengemächer ein. In der afghanischen Kultur ist das genau so schlimm wie Vergewaltigung.

Frauenbefreiung durch Installierung einer unfähigen Regierung von außen?

Die von den Besatzern eingesetzte Regierung kennt das Volk nicht und handelt nicht in seinem Interesse. Sie trägt nichts zur Verbesserung der Lage der Frauen bei.

Frauenbefreiung durch bittere Armut, Hunger und Krankheit?

Hilflos müssen Mütter zusehen, wie ihre Kinder hungern und erkranken. Spitäler wurden zerbombt, Ärzte getötet, medizinische Hilfe gibt es keine mehr.

Wir fragen:

Wer befreit die Frauen und Kinder, die unentwegt durch ihr Land irren - auf der Flucht vor Soldaten, vor Bomben und Gewalt?

Wer befreit die Männer, die ihr Land nicht bestellen können sondern sich gegen immer neue Eindringlinge wehren müssen?

Wer befreit die Kinder, die ohne ärztliche Hilfe sterben müssen?

Wir fordern:

Wer die Menschen in Afghanistan befreien will - von Krankheit, Armut, Unwissen und Kriegsfolgen - der soll Lehrer, Ärzte und Bauern schicken, keine Soldaten!

V.i.s.d.P.: Renate Hänsel, Clemensstr. 60, 80803 München - www.efff.de

[Flugblatt](#)

Kategorie [Afghanistan](#) | [0 Kommentare](#) »

[Europas Frauen fordern Frieden auf dem Ostermarsch in Calw](#)

14. May 2007

Marita Brune, EFFF

Am 7.4.2007 nahmen wir am Ostermarsch in Calw teil. Wir wollten ein deutliches Zeichen setzen, dass wir es nicht mehr hinnehmen, dass Kriege mit der Begründung geführt werden, man müsse auf diese Weise die unterdrückten Frauen der angegriffenen Länder befreien. Unsere Plakate sollten deutlich machen, wie diese „Befreiung“ in der Realität aussieht. Besonders furchtbar sind die Wirkungen der Uranwaffen: Die Anzahl missgebildeter Kinder schnell in die Höhe, die Arten der Missbildungen sind so grauenhaft, wie man sie nie vorher sah. (link) Die Menschen, auch junge Menschen, leiden zunehmend unter multiplen schweren und rasant verlaufenden Krebserkrankungen.

Der Krieg und die Bilder

In unseren Medien werden diese Auswirkungen, die noch lange, nach dem die Besatzer abgezogen sein werden, die Völker umbringen, kaum bis gar nicht bekannt gemacht. Das übrigens im Unterschied zum Vietnamkrieg: Von dort berichteten unabhängige Journalisten. Die berühmt gewordenen Bilder – z.B. das brennende nackte Mädchen, das vor den Bomben flieht, die alte Frau, der ein GI ein Gewehr an die Schläfe drückt – läuteten das Ende des Vietnamkrieges ein. Die Menschen auf der ganzen Welt waren schockiert und empört, sie wandten sich breit gegen diesen Krieg, bis er irgendwann unführbar geworden war, weil in den Völkern die Basis fehlte.

Heute ist jeder Krieg auch ein medial geführter Krieg. Die Kriegsherren führen die Medien. Sie erarbeiten dazu jeweils eine genaue Strategie. Wir erfahren nur das, was die Kriegsherren wollen. Und wir sehen auch nur die Bilder, die wir sehen sollen. Zum Beispiel solche von faszinierenden Waffensystem und leuchtenden Feuerwerken. Das Elend, das Leiden der Menschen sehen wir kaum.

Darum Bilder missgebildeter Kinder

Wir sind der Meinung, wenn die Menschen wissen, was in diesen Kriegen geschieht, welche grässlichen, unaussprechlichen Verbrechen an der Menschheit dort begangen werden, dann ist es nicht mehr möglich, solche Waffen weiterhin zu verwenden. Dann begreifen die Menschen: Krieg ist unführbar geworden.

Denn so blöd sind auch heutige Wohlstandsmenschen nicht, dass sie nicht merken, wenn es ans Lebendige geht. Und diese Waffen machen auch uns und unsere Kinder krank, der Uranstaub verteilt sich mit Wind und Regen über den ganzen Globus. (link)

Der überwiegende Teil der Teilnehmer der Demonstration haben dieses Anliegen verstanden und uns sehr zugesprochen. Einige haben uns beglückwünscht dazu, dass wir diese Wahrheiten so deutlich aussprechen.

Einige waren nicht ganz einverstanden. Sie waren schockiert von den Bildern der missgebildeten Kinder. Das können wir verstehen. Der eine oder andere fand, wir sollten solche Bilder nicht zeigen, das sei unästhetisch. Einer meinte, das habe ihm den Appetit auf sein Frühstücksbrötchen verdorben.

Nur – den betroffenen Menschen ist längst der Appetit vergangen. Sie bringen diese Kinder zur Welt und leben mit ihnen. Was sagen wir den Müttern? Und was Vätern, die damit leben müssen, dass sie keine gesunden Kinder mehr zeugen können? All den Menschen auf dem Balkan, im Irak, im Libanon, in Afghanistan, in den USA und in England (viele der zurückgekehrten Soldaten zeugen auch missgebildete Kinder und sind selber schwer krank)? Wenn wir uns nicht mal unsere heile Welt damit stören lassen wollen, dieses furchtbare Elend zur Kenntnis zu nehmen?

So geht es nicht.

Wenn wir für den Frieden wirken wollen, müssen wir der schrecklichen Realität ins Auge sehen und sie verbreiten, bis endlich „all das Elend vorbei ist“ (Reinhard Mey). Und was sonst wollen wir als Friedensbewegung?

